



Krise der Finanzmärkte – ihre Ursachen und ihre Folgen Forderungen von UnternehmensGrün für eine verantwortliche Finanz- und Wirtschaftspolitik

1. Die Ursachen

Die wesentlichen Ursachen sind sattsam bekannt. Zum einen war die Geldmenge über Jahre zu hoch. Die US-Notenbank beflügelte durch eine gigantische Ausweitung der Geldmenge die Möglichkeiten für Immobilienfinanzierungen und andere auf Darlehensbasis aufgebauten Finanzinstrumenten. Auch Hedgefonds konnten sich zinsgünstige und damit billige Kredite verschaffen und so ihren investiven und spekulativen Geschäften nachgehen. Gerade die weltweiten Aktivitäten der Hedgefonds machen deutlich, dass die Aufsicht über die Finanzbranche bei weitem nicht ausreicht. Der Finanzmarkt besteht heute nicht nur aus den (unzureichend) beaufsichtigten Banken, sondern einer Vielzahl bankähnlich agierender Unternehmen. Die fehlende Aufsicht, insbesondere in den USA und in Großbritannien und die mangelnde Aufsicht z.B. in Deutschland, führte dazu, dass zu große Risiken entstanden. Wegen des geringen Zinsniveaus, also dem billigen Geld, wurden sämtliche für die Finanzmärkte bereits vor der Krise erkannten erforderlichen Strukturänderungen verschleppt. Geld war immer und überall für jede noch so kreative und spekulative Idee, insbesondere der Spekulation mit Finanzprodukten vorhanden. Die fehlenden Investitionsmöglichkeiten in der realen Wirtschaft-, bzw. deren lediglich bescheidenen „realen“ Erträge, for-

derten nach immer phantasievolleren Finanzprodukten mit immer höheren Renditen. Die hohen Renditen wurden abgeleitet aus dem Verkauf der Risiken an den jeweils nächsten Kunden. Die Masse an frei umherwandernden Kapitalmengen, verbunden mit einer in manchen Bereichen nicht vorhandenen Aufsicht, ließ eine Blüte immer schwerer durchschaubarer Optionen und Derivaten entstehen. Dazu kamen der aggressive Vertrieb und die falschen Anreizsysteme in den Finanzinstituten.

Obschon Rating-Agenturen nicht nur die Politik, die Verbraucher, sondern gerade auch diejenigen, welche als institutionelle Anleger unterwegs waren, warnen und beraten sollten, waren die Rating-Agenturen, wie wir heute wissen, selbst Teil des Problems. Sie waren nicht in der Lage Risiken korrekt einzuschätzen und Marktentwicklungen, insbesondere die Blasenbildung richtig einzuordnen. Die Unbedenklichkeit ihrer Testate, ihr AAA trug maßgeblich zur Krise bei. Da sich auch die Bankberater wiederum gerne auf die Beurteilungen der Rating-Agenturen verließen, konnten sie Finanzprodukte - ob sie diese selbst verstanden hatten oder auch nicht - mit scheinbar gutem Gewissen an den Endkunden verkaufen. Zuletzt konnte daher von einem wirksamen Verbraucherschutz keine Rede mehr sein.

Die fehlende Strenge bei den Bilanzierungsregeln führte dazu, dass mit Hilfe von Zweckgesellschaften auch Banken Risiken auslagerten und solche Gesellschaften dann der Aufsicht entzogen waren, obschon die Muttergesellschaft selbst noch der Aufsicht unterstand. Zugleich war aber die Muttergesellschaft für die von ihr ausgelagerten Zweckgesellschaften in der Haftung ohne dies bilanziell aufzudecken. Die uneinheitlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Ländern und nach wie vor bestehende Steueroasen verschafften den Akteuren Möglichkeiten gewaltige Finanzmengen unkontrolliert über den Globus zu bewegen und Risiken unkontrolliert aufzuhäufen.

Auch das Unvermögen der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf die bestehenden Warnungen zu reagieren, ist ein Armutszeugnis. Die neoliberalen finanzpolitischen Ansätze wurden von der Wissenschaft nicht hinreichend hinterfragt und von der Wirtschaft nur all zu gerne begrüßt. Es versagten die Wirtschaftseliten, die Eliten aus Wissenschaft und Politik gleichermaßen. Der im Rückblick einfache Grund für dieses Unvermögen die Krise zu erkennen, bestand in der menschlichen Natur, sich allmählich verändernde Prozesse lediglich als statisch oder linear wahrzunehmen statt als exponentiell. Die Vorstellung bestand darin, dass die Immobilienpreise in den USA oder in Großbritannien immer weiter steigen werden. Auch bestand die verbreitete Annahme, dass immer billiges Geld überall verfügbar ist, insbesondere deshalb, weil Chinesen, Japaner und arabische Investoren den USA und Großbritannien immer neue Kredite einräumen und insbesondere amerikanische Staatsanleihen kaufen werden. Die trügerische Sicherheit eines solch linearen Denkens findet sich aber nicht nur in der Finanzwirtschaft, sondern ist uns auch aus klimapolitischen Diskussionszusammenhängen bekannt. Diejenigen, welche exponentielles Wachstum und exponentielle Veränderungsprozesse hochrechnen, gelten schnell als Spielverderber, Angstmacher, Katastrophenbeschwörer.

Selbstverständlich wäre es möglicherweise

nicht so weit gekommen, bestünden weitreichendere Publizitätspflichten und eine strengere Aufsicht. Die spanische Bankenaufsicht akzeptierte z. B. die ausgelagerten und daher unkontrollierten Zweckgesellschaften von vornherein nicht, so dass die dortigen Banken zwar auch unter der spanischen und internationalen Immobilienkrise leiden, aber vergleichsweise keine Probleme mit ausgelagerten Zweckgesellschaften haben, wie dies in der deutschen Bankenlandschaft leider der Fall ist. Die akribischen Kontrollmechanismen der deutschen Bankenaufsicht taugten offenkundig nicht für international operierende Finanzkonzerne. Der Bankchef einer kleinen Kreissparkasse vor Ort wird von der Bankaufsicht abgemahnt, wenn er entgegen deren allgemeinen Vorgaben zum Hypothekenkredit nicht eine Fotografie des besicherten Objekts in den Darlehensunterlagen hat. Auch dann, wenn das beliebte Objekt direkt vor dem Fenster des Filialleiters steht und er das Objekt nicht nur sieht, sondern auch den investierenden Handwerker persönlich kennt. Die Bankenaufsicht hat aber jahrelang nichts gegen die Gefahr ausgelagerter Zweckgesellschaften unternommen. Die Aufsichtsbehörden müssten – um international operierende Finanzinstitute und ihrem Willen Risiken zu verschleiern, paroli bieten zu können, auch finanziell in der Lage sein, Mitarbeiter aus solchen Häusern anzuwerben und einzustellen. In die umgekehrte Richtung funktioniert der Austausch von Personal bedauerlicherweise deutlich besser.

Gerade in Deutschland kommt hinzu, dass die Eigenkapitalquote der Unternehmen nach wie vor gering ist. Zwar gab es in den vergangenen Jahren Ansätze, welche auch bei kleinen oder mittelständischen Unternehmen die Eigenkapitalquotenbildung fördert. Hier bedarf es dennoch größerer Anstrengungen.

Sowohl Banken, als auch große Wirtschaftsunternehmen setzten durch ihre Aktienoptionen und Provisionssysteme für ihre Vorstandsmitglieder und leitenden Angestellten, wie heute auch der Vorstand der Deutschen Bank freimütig einräumt, völlig falsche Anreize. Nicht die

nachhaltige Sicherung des Unternehmens, sondern dessen kurzfristige Wertsteigerung stand im Vordergrund. Nicht eine langfristige Sicherung der Gewinne, sondern eine möglichst hohe und zeitnahe Gewinnausschüttung stand im Vordergrund.

Die starke Verflechtung der Akteure durch eine Vielzahl ihrerseits angenommener Aufsichtsratsmandate bei gleichzeitiger Mitgliedschaft im Vorstand anderer Unternehmen förderte keine kritische Haltung, sondern sicherte den Korpsgeist. Man schaute sich gegenseitig Geschäftsmodelle ab und versicherte sich gegenseitig der Rahmendaten, welche die weitere Entwicklung zu beflügeln schienen.

Entscheidend aber war das Fehlen ethischer Maßstäbe bei der Beurteilung des eigenen Handelns. Den maßgeblichen Akteuren fehlte der innere Bezugspunkt ihr eigenes Handeln an Wertmaßstäben, die außerhalb der Finanzwirtschaft Geltung beanspruchen können, zu messen. Weder christliche Wurzeln, ein dem Humanismus verpflichtetes Denken, noch ein der nachhaltigen Entwicklung und der langfristigen Sicherung unserer Ressourcenbasis dienendes Bewusstsein war bei den Entscheidungen der Manager erkennbar. Nur so waren die Akteure in der Lage, beim Run nach dem nächsten Geschäftsabschluss, dem Ziel noch höherer Provisionen, der kurzfristigen Steigerung des Aktienkurses ihres Unternehmens, Selbstkritik und Verantwortung für ihre Mitarbeiter, Mitmenschen und die Natur auszublenden. Wegen der fehlenden ethischen Maßstäbe hoben die Finanzmärkte schlichtweg ab. Die Absurdität der jeweiligen Blasenbildung (z.B. der Hypothekenkrise in den USA) konnte nur funktionieren, weil die Akteure gemeinsam der trügerischen Überzeugung waren, dass z. B. die Preise für Immobilien immer weiter steigen würden. Die Folgen dieser Kritikunfähigkeit werden wir nicht nur im Jahr 2009, sondern noch danach spüren. Die Krise bietet aber auch die Chance zum Neuanfang und zum Überdenken der Fehler.

2. Die Folgen

Nur wirkliche Optimisten glauben, dass die Krise im Jahr 2009 bereits überstanden sein wird. Realistisch dürfte wohl eine zeitlich längere Konjunkturdelle sein. Die Folgen der Krise werden uns ihre Ursachen immer wieder neu ins Bewusstsein holen, so dass die Frage nach einer generellen Umstellung und Neuausrichtung unseres Wertesystems hoffentlich nicht so schnell in Vergessenheit gerät.

Die Kreditklemme spüren größere Unternehmen schon jetzt. Aber auch kleine Unternehmen werden mit der Vorsicht ihrer Hausbanken konfrontiert, die plötzlich Risiken entdecken, die vorher keine Rolle spielten. Faktisch sind es eigentlich die Risiken der Banken selbst, die nun die Kreditvergabe hemmen. Die Kreditklemme und der Nachfragerückgang werden zwangsläufig auch zu Insolvenzen führen. In der Folge werden wir eine Marktberreinigung vermutlich nicht nur im Bankensektor, sondern auch in der sog. Realwirtschaft erleben. Mit einem Nachfragerückgang wird zwangsläufig auch ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit verbunden sein.

Folge der Krise ist auch der Vertrauensschwund in den Geldmarkt insgesamt. Nicht nur Banken leihen sich untereinander kein Geld. Auch Verbraucher werden vorsichtiger ihr Geld Unternehmen etwa in der Form von Aktien oder Anleihen zur Verfügung zu stellen. Zugleich wird die Staatsverschuldung anwachsen, weil der Staat durch Investitionen und Subventionen versucht die Nachfragerückgänge auszugleichen.

Eine große Gefahr für Deutschland besteht im Protektionismus. Deutschland ist als Exportnation vom globalen Warenaustausch abhängiger als viele andere Länder und wird daher eine Abschottung nationaler Märkte stark spüren.

Eine weitere Gefahr für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung besteht in drohender Überregulierung und zwar national als auch international. Die Akkumulation von Geldern,

dort wo sie sinnvoll und gewinnbringend investiert werden können, soll nur generellen Rahmenbedingungen und Zwecksetzungen durch den Staat folgen. Der Ordnungsrahmen muss groß und weit genug sein, um ausreichend Anreiz für private Initiative und Verantwortung zu lassen. Jede Einschränkung des Marktes muss daher auch auf ihre Folgen im Hinblick auf die Notwendigkeit privaten Unternehmertums überdacht werden. Ob Länder ihre Wirtschaftssysteme hin zu einer völlig regulierten Wirtschaft verändern werden, ist gegenwärtig noch nicht erkennbar. Auszuschließen ist auch dies jedenfalls nicht.

Auch steht zu befürchten, dass noch weitere Risiken auftauchen werden, von denen wir heute noch nichts wissen, da sie sich noch nicht realisiert haben. Das Problem der Refinanzierung sowohl der Banken, aber auch großer Unternehmen durch Anleihen, also das Zusammenbrechen des Anleihenmarktes generell, wird uns vermutlich für das Jahr 2009 erhalten bleiben und erhebliche staatliche Garantien erfordern.

Im weltpolitischen Maßstab wird der Einfluss der USA wahrscheinlich sinken und China, wenn es den chinesischen Politikern gelingt tatsächlich die dortige Binnenkonjunktur drastisch anzukurbeln, wird seinen globalen Einfluss deutlich steigern. Sollte die Verschiebung der Wirtschaftsmacht hin nach Asien zu einer dauerhaften Schwächung der US-Wirtschaft führen, wird dies erheblichen Einfluss auch auf andere Regionen haben. Ohne eine mächtige US-Wirtschaft wird langfristig das militärische Gewicht der USA sinken. Veränderungen etwa bei der Leitwährung hin zum Euro sind bereits in den letzten Jahren feststellbar.

Es steht zu befürchten, dass in Ländern, in welchen das umweltpolitische Bewusstsein nicht stark verankert ist, Umweltpolitik in der gegenwärtigen Krise hintangestellt wird. Die Klimakatastrophe muss möglicherweise warten, solange die Krise und ihre Folgen noch nicht bewältigt sind. Diese Gefahr besteht aber nicht nur für die Umweltpolitik, sondern gilt

auch für die Sozialpolitik. Wenn es den von der Finanzkrise gebeutelten entwickelten Staaten nicht gelingt, die Krise in den Griff zu bekommen, so werden bei der gegenwärtigen Sozial- und Steuerpolitik der meisten Industriestaaten die Bedürftigen und unteren Einkommenschichten die Hauptleidtragenden der Krise sein. Neben den Krisenverlierern in den entwickelten Ländern wird es breite Bevölkerungsschichten in den Schwellenländern und unterentwickelten Staaten treffen. Konsumdeliken bei uns bedeuten Hungersnöte in der Dritten Welt. Die entwickelten Staaten sind in der Verantwortung die Folgen der Krise in den unterentwickelten Ländern einschließlich der Schwellenländer genau zu beobachten und wo nötig, für Hilfe zu sorgen.

Die Folge der Krise wird aber hoffentlich auch eine neue Ethikdebatte entfachen, die nach der Verantwortung der Akteure fragt und eine Diskussion belebt, die dann zu einem ordnungspolitischen Rahmen führt, welcher an ethischen Grundsätzen ausgerichtet ist und nicht nur am Spiel der freien Kräfte. Ein ordnungspolitischer Rahmen, eingebunden in ethische Grundsätze, ist kein Widerspruch zu einer freien Marktwirtschaft. Eine **soziale und ethische Marktwirtschaft** könnte eine der positiven Folgen der Finanzmarktkrise sein.

3. Die Forderungen

Zu fordernde Maßnahmen müssen ethischen Maßstäben an eine humanitäre und sozial ausgerichteten Wirtschaft gerecht werden. Dies betrifft sowohl ordnungspolitischen Rahmendaten allgemeiner Art als auch kurz- und mittelfristige Maßnahmen an der Krise.

Weder eine Bad Bank noch eine Abwrackprämie können die Lösung sein; sie sind nicht von ethischer Verantwortung getragen. Die Subventionierungen eines Autokaufs steht ethisch auf niedrigster Stufe, wenn hierdurch nicht wenigstens langfristig nachhaltige Ziele verfolgt werden. Die Abwrackprämie ist z.B. nicht an Verbrauchsdaten geknüpft. Sie dient

nicht der Verbesserung unserer Energiebilanz, der Schonung fossiler Brennstoffe und noch nicht einmal einem Innovationsschub für die leidende Automobilindustrie. Die Maßnahme ist weder sozial noch ethisch verantwortbar.

Mittelfristig benötigen wir eine ausreichende Kapitalbildung sowie strengere Haftungsregeln für Verantwortliche in der Wirtschaft. Wir benötigen unabhängige Aufsichtsräte und für Vorstände eine persönliche Strafandrohung, wenn diese außerhalb der Bilanz Risiken gegenüber den Aufsichtsbehörden, ihren Geschäftspartnern und den Verbrauchern verbergen.

Eine überprüfbare Compliance sollte für große Unternehmen eine Selbstverständlichkeit sein. Großunternehmen wie z.B. Siemens zeigen, dass die Aufarbeitung etwa der Korruptionsfälle schwierig und oft eine Sache von Jahren ist. Gesetzeskonformes Verhalten ist ein Teil der Verantwortung der Unternehmen und zwar der gesamten Gesellschaft gegenüber, also nicht nur gegenüber den Anteilseignern, Mitarbeitern und Kunden. Compliance fängt nicht dort an, wo ein Verstoß ruchbar wurde, sondern dort, wo er bereits im Vorfeld verhindert wird. Im weiteren Sinn gehört aber nicht nur gesetzeskonformes Handeln dazu, sondern auch ein Handeln in Übereinstimmung mit Moral und Ethik, und zwar nicht der einer gelebten Firmenphilosophie, sondern diejenigen einer Gesellschaft.

Unternehmen müssen sich daher wohl in Zukunft gefallen lassen, dass neue Bilanzierungsregeln aufgestellt werden. Bilanzen müssen in Zukunft so transparent sein, dass sie leichter überprüfbar sind und Verstöße gegen das Transparenzgebot justitierbarer werden. Auch wird man bedenken müssen, ob Wirtschaftsprüfer, die von dem geprüften Unternehmen bezahlt werden und dies über zehn Jahre und mehr nicht doch einmal ausgewechselt werden sollten.

Ein Verbot von Steueroasen muss eine klare Forderung als Reaktion auf die Krise sein.

Weder geht es an, dass dort ohne Aufsicht und auch ohne Steuern zu zahlen Geschäfte getätigt werden und Risiken aufgehäuft werden. Steueroasen in extremer Form, wie etwa die Cayman-Inseln, oder in moderaterer Form, wie etwa Luxemburg und die Schweiz, müssen nach dem Leitbild ethischer Verantwortung ausgetrocknet werden. Die Einladung zum Steuerbetrug durch Banken und andere Finanzdienstleister, dort das Geld in Sicherheit zu bringen, hätte bereits in der Vergangenheit strafrechtlich verfolgt werden können. In Zukunft ist die Aufgabe auch der Staatsanwaltschaft derlei Geschäftsgefahren nachzugehen.

Eine Änderung des Steuerrechts muss national, EU-weit und darüber hinaus international auf der Agenda bleiben, um durch Vereinheitlichung Steuergerechtigkeit und Transparenz herzustellen. Steuerausfälle durch das Verschieben von Gewinnen in andere Länder wird sich bei steigender Staatsverschuldung kein Land mehr leisten können. Möglicherweise wird der Staat in naher Zukunft sogar auf deutlich höhere Steuereinnahmen angewiesen sein, sollte die Finanzkrise noch mehrere Rettungs- und Investitionspakete erfordern. Bevor aber neue Steuerquellen erschlossen werden (Reiche, Superreiche und Erbschaften) wird der Staat zunächst alles dafür unternehmen müssen, Steuerschlupflöcher zu schließen und Steuergerechtigkeit herzustellen.

Wir werden auch eine Reform der Bankaufsicht benötigen. Die Aufteilung zwischen Bundesbank und BaFin muss überwunden werden. Auch werden die Ministerien, die in Zukunft ihre Mitarbeiter in die Aufsichtsräte von Banken mit Staatsbeteiligung schicken, diese wohl stärker qualifizieren müssen, um diesen Aufgaben im Sinne auch einer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Auch wird der Verbraucherschutz zu verbessern sein.

Wir müssen uns auch fragen, wie Spekulationsblasen zu Lasten der ärmsten Länder ver-

hindert werden können. Nach der Spekulation in Erdöl folgte die Spekulation in Nahrungsmittel. Die punktuelle Verteuerung beruht bei derlei Blasenbildung nicht auf einer realen Verknappung. Wir in den wohlhabenden Ländern spüren derlei Schwankungen zwar bei unserem Spritpreis („Brotpreis der Nation“). Spekulationsgeschäfte in Nahrungsmittel führen aber in Drittweltländern direkt in Hungerkatastrophen, wenn sich Grundnahrungsmittel im Preis verdoppeln und verdreifachen. Zwar muss es weiterhin Börsen auch für den Warenverkehr, Rohstoffe und Nahrungsmittel geben. Es muss aber verboten sein, Leergeschäfte in diesem Bereich zu tätigen, Optionen zu erwerben und Derivate zu handeln. Börsengeschäfte über Nahrungsmittel dürfen nur mit real hinterlegten Warengeschäften-, bzw. Lieferverpflichtungen der Produzenten getätigt werden. Zwar mag dies zu Beginn schwierig zu kontrollieren sein. Finanzakteure sind aber auf Marktplätze angewiesen, so dass ihr Handeln durchaus überprüfbar ist. Nationale und internationale Aufsichtsbehörden müssen hierfür selbstverständlich Kontrollfunktionen übernehmen.

Eine an ethischen Maßstäben messbare Neuausrichtung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik muss mit neuen Instrumenten und Regularien den Akteuren auf den Märkten zumindest dort Einhalt gebieten, wo diese dauerhaft und systematisch über ihre Verhältnisse leben. Sie zerstören nicht nur ihre eigene wirtschaftliche Grundlage, sondern auch die derjenigen, mit welchen sie in Wirtschaftsbeziehungen stehen.

Die Hypothekenkredite in den USA und die Finanzierung der gewaltigen US-Konsumenten-ausgaben durch Mittelzuflüsse aus Asien mussten irgendwann finanz- und wirtschaftspolitische Folgen zeigen. Die wirtschaftlichen Folgen erleben wir jetzt. Die ökologischen Folgen werden noch kommen. Das Versagen von Politik, Banken und Wissenschaft und insbesondere der US-Finanzwirtschaft und -Aufsicht wird uns nur dann langfristig auf einen nachhaltigeren Weg

bringen, wenn in der gegenwärtigen Krise die richtigen Fragen gestellt und in gesellschaftlicher Übereinstimmung neue Antworten gefunden werden. Eine an nachhaltigen, langfristigen und am Gemeinwohl orientierten Wert- und Zielstellungen orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik müsste der zukünftige generelle Ansatz sein. Alles was der Verschleierung von Risiken dient gehört in Zukunft gesetzlich verboten. Es muss in Zukunft ausgeschlossen sein, dass Risiken außerhalb der Bilanz geführt werden (Zweckgesellschaften), die sich aber haftungsrelevant dennoch auf die Mutterfirma auswirken. Es hat ein absolutes Transparenzgebot zu gelten. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik müsste daher nicht nur nachhaltig, langfristig am Gemeinwohl orientiert, sondern auch transparenter ausgestaltet sein.

Deshalb dürfen nicht mehr Rating-Agenturen privatwirtschaftlich nach den von ihnen aufgestellten Maßstäben urteilen, sondern es müssen Rating-Agenturen geschaffen werden, die unter öffentlicher Kontrolle stehen, letztlich also Rating-Behörden sind. Diese müssen auf Nachhaltigkeits- und Transparenzkriterien festgelegt sein, anhand derer sie Unternehmen prüfen und bewerten. Dem Transparenzgebot widerspricht auch das Vorhandensein von Steueroasen. Konsequenz ist es daher, jeglichen Kapitalverkehr mit als Steueroasen gesetzlich festgelegten Ländern zu verbieten und unter Strafe zu stellen.

Im Kern geht es also um die ethische Verantwortung aller Akteure. Es geht um die Verantwortlichkeit der Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft aber auch der Verbraucher. Der ehrliche Kaufmann, das seriös kalkulierte Geschäft, die Aufdeckung wirtschaftlicher Risiken durch die Akteure sollte die Datengrundlage von Geschäftsbeziehungen sein. Die systematisch angelegte Verschleierung von Risiken, deren Aufhäufung und Verwertung durch Verkauf an andere, als vermeintlich sichere Vermögensanlage sollte der Vergangenheit angehören. Alle Akteure mögen sich die Kant'sche Formel des vernünftigen Verhaltens als ethisches Minimum angedeihen lassen.

Wenn die Maxime des eigenen Handelns nicht als allgemeines Gesetz taugt, muss das Individuum genau überprüfen, ob nicht tatsächlich das Handeln ins unethische, weil nicht mehr verantwortbare abdriftet.

Wenn man sich von Prämissen leiten lässt, wie etwa den Menschenrechten, dem Willen allen Menschen auf diesem Planeten ein gesundes und auskömmliches Leben zu ermöglichen und zugleich unsere Erde und unsere natürlichen Lebensbedingungen bewahren will, so haben wir ein grobes Raster ethischer Maßstäbe. Einem solchen Ethiktest hätten die Risikoderivate auf Immobilienkredite nicht standgehalten.

Einem solchen Nachhaltigkeitstest halten aber weder die Konsumentengutscheine, Steuersenkungen noch Abwrackprämien stand. Neben all den kurzfristigen Maßnahmen wird es aber insbesondere von Bedeutung sein, mittel- und langfristige Änderungen vorzunehmen und zugleich an den ethischen Maßstäben zu arbeiten, also an Kriterien, die letztlich zu einer nachhaltigen Änderung unserer Finanz- und Wirtschaftsordnung führen. D.h. es geht um einen New Deal auf der Grundlage neuer Rahmendaten, die dem Anspruch an eine soziale und ökologische, mithin ethische Marktwirtschaft gerecht werden.

4. Unsere Forderungen sind kurz gefasst folgende:

- Die Geldmenge muss in Zukunft international und abgestimmt kontrolliert begrenzt werden.
- Finanzströme müssen durch eine reine Transaktionssteuer nicht nur international verlangsamt und reduziert werden (Tobinsteuer), sondern auch kontrolliert werden.
- Steueroasen müssen durch internationale Kooperation ausgetrocknet werden, wobei Finanzbeziehungen mit in Steueroasen angesiedelten Finanzinstituten und Anlagegesellschaften unter Strafe gestellt werden müssen,

- Transparenzgebot für jede Kapitalgesellschaft,

- effektive Bank- und Finanzaufsicht weltweit,

- Verbot von Leerverkäufen von Aktien, Waren und insbesondere Nahrungsmitteln,

- Unabhängige Ratingbehörden müssen in Zukunft bei der Beurteilung von Unternehmen diese unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung, dem Gesichtspunkt Nachhaltigkeit und Ökologie sowie dem Transparenzgebot überprüfen nebst den klassischen Wertmaßstäben, also den Gewinnaussichten und der Sicherheit des angelegten Kapitals.

- Es müssen neue Gehalts- und Prämiensysteme als Anreize (Boni, Gratifikationen etc.) für Vorstände und Manager in großen Firmen, insbesondere in Banken und Finanzinstituten entwickelt werden, die an der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens orientiert sind und kurzfristige Gewinnerwartungen und Entwicklungen außer Betracht lassen.

- Staatliche Investitionen und Subventionen dürfen zur Ankurbelung der Wirtschaft nicht in nur kurzfristig Wirkung zeigende Branchen gehen, sondern müssen dort getätigt werden, wo sie nachhaltig ökologische, innovative und sozial verantwortbare Entwicklungen, insbesondere in den Segmenten Energie, Mobilität und Bildung auslösen und sichern.

Kurz gefasst brauchen wir weltweit einen neuen ordnungspolitischen Rahmen für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, der zu einer sozialen und ökologischen, mithin also einer ethisch verantwortbaren neuen Marktwirtschaft führt.

Klaus Stähle
Vorstand UnternehmensGrün